

Andreas Boeckh/Friedrich Welsch/Nikolaus Werz

Venezuela heute: Einleitung

Das wissenschaftliche und publizistische Interesse an Venezuela ist starken Schwankungen unterworfen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region hat das Land lange Zeit kaum Schlagzeilen produziert. Wirtschaftliche Prosperität, ein zunehmender gesellschaftlicher Wohlstand und konsolidierte demokratische Verhältnisse scheinen keine Neugier hervorzurufen. Seit der Demokratisierung im Jahre 1958 sind dem Land gewaltsame Regimewechsel erspart geblieben und die damit zumeist verbundenen massiven Menschenrechtsverletzungen ebenfalls. Nach der Re-Integration der marxistischen Guerilla gegen Ende der 1960er Jahre war die Politik des Landes durch ein hohes Maß an Konsens bezüglich der politischen Verfahren und Inhalte geprägt, der sich nicht nur auf die großen Parteien beschränkte, die 1958 einen politischen Pakt geschlossen hatten. Er fußte auch auf einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung. Dieser Konsens wurde zudem dadurch erleichtert, dass die rasch steigenden Öleinnahmen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – fast allen Bevölkerungsschichten zugutekamen, was die Verteilungskonflikte in Grenzen hielt. Die Illusion einer immerwährenden Prosperität stärkte die Legitimität der politischen Ordnung.

Erst nachdem durch zwei misslungene Militärputsche im Jahr 1992 die politische Krise des Landes auch nach außen sichtbar geworden war und erst recht nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez Frías im Jahr 1998 zog Venezuela wieder publizistische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich. Die spektakuläre Politikinszenierung der neuen Regierung und ihr mit zunehmender Verve vorgetragener revolutionärer Anspruch verschafften dem Land weltweit Schlagzeilen und ließen seinen Präsidenten zum neuen Leitstern der neomarxistischen Linken nicht nur in Lateinamerika werden.

Die seit dem Machtwechsel von 1999 extreme politische Polarisierung des Landes spiegelt sich auch in der publizistischen und wissenschaftlichen Literatur wider. Dies trifft nicht nur auf die Debatten innerhalb Venezuelas zu, sondern auch auf die hiesige Auseinandersetzung mit den dortigen Veränderungen. Die Herausgeber des vorliegenden Bandes haben nicht versucht, diese Kontroversen zu glätten. Vielmehr ging es ihnen darum, Vertreter unterschiedlicher Positionen zu Wort kommen zu lassen, sofern diese

qualitativ hochwertige wissenschaftliche Analysen vorgelegt und sich nicht nur auf Polemik beschränkt haben. Diese Kontroversen zeichnen zwangsläufig ein widersprüchliches Bild, was die Ambivalenz und die Widersprüche in der Entwicklung des Landes selbst reflektiert. Da sich die Veränderungen und auch der Anspruch der revolutionären Umgestaltung nicht nur auf den politischen Bereich, sondern auf alle Aspekte des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens beziehen, geht es in den meisten Beiträgen dieses Bandes auch um die Analyse und Einschätzung eben dieser Veränderungen.

Allerdings würde man viel zu kurz greifen, wenn man sich nur auf aktuelle Aspekte beschränken wollte. Und man wird auch zu kurz greifen, wenn man die venezolanische Geschichte vor Hugo Chávez gewissermaßen nur als Vorgeschichte dieser jüngsten Phase verstehen würde. Auch aus einer Reihe von anderen Gründen lohnt es sich, sich mit diesem Land auch jenseits der aktuellen politischen Kontroversen auseinanderzusetzen.

Im Vergleich zu anderen Staaten der Region hat sich der Übergang von der ländlichen hin zur städtischen Gesellschaft nicht nur besonders schnell, sondern auch vergleichsweise konfliktfrei vollzogen. In keinem anderen Land Lateinamerikas hat sich das Stadt-/Landverhältnis in nur 40 Jahren umgekehrt. Diese rasante Modernisierung ist ohne den rasch zunehmenden Ölreichtum und dessen Verteilung in der Gesellschaft kaum zu erklären.

Dasselbe trifft für das hohe Maß an demokratischer Stabilität zu, mit dem sich das Land positiv von vielen anderen Ländern der Region unterscheidet, die im Laufe der 1960er und 1970er Jahre autoritäre Regressionen durchliefen, die häufig mit horrenden menschlichen Kosten verbunden waren. Venezuela zählte in dieser Phase zu den drei Staaten der Region, deren Demokratien sich als stabil erwiesen. Wenngleich diese demokratische Stabilität durch einen politischen Pakt erkaufte wurde, der mit der Zeit zu einem politischen Kartell mutierte, ersparte dies Venezuela die schlimmen Erfahrungen anderer Länder Lateinamerikas. Mehr noch, es bot für Exilanten aus den Diktaturen der Region einen Zufluchtsort. Ebenfalls abweichend von der lateinamerikanischen Normalität waren in dem präsidentiellen System des Landes die politischen Parteien dominante Akteure. Die institutionellen Kontrollen funktionierten trotz der von vielen Präsidenten zu Beginn ihrer Amtszeit durchgesetzten Ermächtigungsgesetze so, dass sich kein Hyperpräsidentialismus mit personalistischen Charakteristika herausbilden konnte. So gesehen war die Langeweile, die das Land im regionalen Vergleich verbreitete, ein Segen.

Es ist heute üblich geworden, in Anlehnung an die Debatte um den sogenannten "Ressourcenfluch" den Ölreichtum als die eigentliche Ursache der Krise und der venezolanischen Entwicklungsblockade zu interpretieren. Dies ist zwar nicht falsch und eine Reihe von Beiträgen in diesem Band belegt dies, aber es ist auch nur die eine Seite der Medaille. Die relativ schmerzlose Modernisierung, die das Land durchlaufen hat, und die lange Phase der demokratischen Stabilität sind zwar nicht ausschließlich, aber doch zu einem guten Teil dem Ölreichtum geschuldet. In Venezuela hat der Ölreichtum gerade nicht wie in den Ölstaaten des Vorderen Orients autoritäre Strukturen gestärkt, sondern er hat die demokratische Konsolidierung nach 1958 erleichtert. Dass aus einem der ärmsten Länder Lateinamerikas innerhalb kurzer Zeit ein Staat geworden ist, dessen wirtschaftliche und soziale Indikatoren es in der lateinamerikanischen Mittelklasse verorten, wäre ohne das Erdöl kaum vorstellbar. Ohne diesen zusätzlichen Schub, so kann man vermuten, befände sich das Land heute in derselben Liga wie Honduras. Das sollte man nicht aus dem Auge verlieren, wenn man die durchaus vorhandenen und sehr ernstzunehmenden problematischen Aspekte einer Rentengesellschaft debattiert. Die Beschäftigung mit Venezuela kann daher auch dazu beitragen, die Thesen über den autoritären Rentierstaat und den Ressourcenfluch zu relativieren.

Der Zerfall der paktierten Demokratie, der Mitte der 1980er Jahre einsetzte und 1998 mit der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten seinen Abschluss fand, ist ein Lehrstück für die Gefahren politischer Pakte, sich in Kartelle zu verwandeln, deren Teilnehmer den Staat unter sich aufteilen, und für das Versagen von Eliten, die sich im entscheidenden Moment als reformunfähig erwiesen. Die in dieser Zeit angedachte Staatsreform wurde nur zum Teil verwirklicht und zeigte nur auf dem Gebiet der politischen Föderalisierung des Landes wirkliche Ergebnisse. Diese konnten aber den Legitimitätsverlust des paktierten Systems und der dieses tragenden Parteien nicht mehr aufhalten. Die Krise der 1980er und 1990er Jahre war nicht nur eine politische Krise, sondern auch eine ökonomische und soziale, und sie war vor allem auch eine moralische Krise, da die politischen und wirtschaftlichen Eliten durch ihren erkennbaren Mangel an Verantwortungsbewusstsein und die hemmungslose Korruption jegliches politisches Vertrauen verspielten, ohne es so richtig zu merken.

Hugo Chávez, der mit einem typischen antipolitischen, gegen politische Parteien gerichteten Bewegungsdiskurs seinen Wahlkampf bestritten hatte, schien für all diese Krisendimensionen Lösungen anzubieten: Seine Atta-

cken gegen die korrupten Parteien und die Politikerkaste verband er mit dem Versprechen, die Korruption auszurotten und die Politik wieder auf eine moralische Basis zu stellen. Mit der Propagierung einer partizipativen Demokratie, die neue politische Räume zu öffnen und die Distanz zwischen Regierten und Regierenden zu verringern versprach, sollten die Defizite der repräsentativen Demokratie und insbesondere ihrer Ausprägung in Venezuela in Form eines politischen Kartells vermieden werden. Die Verfassung von 1999 enthielt in der Tat neben den üblichen repräsentativen Strukturen auch partizipative Elemente. Mit einem breit gefächerten Instrumentarium sozialpolitischer Interventionen sollten die Verarmungsprozesse aufgehalten und die materielle Situation gerade der unteren Bevölkerungsschichten signifikant verbessert werden. Und schließlich setzte die Regierung mit ihrer Unterstützung von Kleinbetrieben und dem kooperativen Sektor auch wirtschaftspolitisch neue Akzente. Wachstumspole sollten fortan nicht mehr nur Großbetriebe sein, sondern es ging darum, die endogenen produktiven Potenziale in der Gesellschaft freizusetzen.

Vieles von dem entsprach gängigen entwicklungspolitischen Paradigmen: die Kleingewerbeförderung zählt ebenso dazu wie Konzepte der politischen Partizipation, die anderenorts als “empowerment of the poor” und als Instrumente zur Verbesserung der “good governance” gehandelt werden.

Große Teile der Opposition betrachteten den Wahlsieg von Hugo Chávez als Betriebsunfall, der möglichst schnell und um jeden Preis rückgängig gemacht werden sollte. Mit diesem Anliegen ist die Opposition mehrfach spektakulär gescheitert. Zudem hat sie sich durch den Wahlboykott bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 2005 selbst marginalisiert. Eine politische Auseinandersetzung mit den neuen Konzepten ist daher in Venezuela weitgehend unterblieben. Sie ist auch deshalb schwer zu führen, weil die Opposition sich im Grunde nur in ihrer Gegnerschaft zum gegenwärtigen Präsidenten einig ist.

Was in Venezuela genau stattfindet, bleibt höchst umstritten, übrigens auch bei denen, die den Regierungswechsel im Jahre 1998 begrüßten und die in der neuen Regierung eine Chance sahen, die Defizite der Vergangenheit zu überwinden. Kontrovers ist dabei so ziemlich alles: ob es sich um ein demokratisches Regime handelt, das neue Partizipationskanäle geöffnet hat, oder um ein autoritäres; ob ein ursprünglich demokratischer Ansatz in der Zwischenzeit zu einem zunehmend autoritären mutiert ist, wie dies im Beitrag von Margarita López Maya angedeutet wird; ob man es mit einer Revolution zu tun hat, gar mit einer sozialistischen, oder ob nicht erneut in alter

populistischer Manier kurzfristig wirkenden und wenig nachhaltigen Verbesserungen der materiellen Situation der Bevölkerung anstelle von tatsächlichen strukturellen Änderungen der Vorzug gegeben wird; ob sich hinter der sozialistischen Rhetorik lediglich der Herrschaftsanspruch von Parteibürokraten verbirgt, die die Wirtschaft, die gesellschaftlichen Organisationen und den Kulturbetrieb unter ihre Kontrolle zu bekommen versuchen; ob es gelungen ist beziehungsweise gelingen kann, die Wirtschaft des Landes aus ihrer Abhängigkeit von der Ölrente zu befreien; ob die neue und überaus aktive Außenpolitik Venezuela aus den tatsächlichen oder vorgeblichen Abhängigkeiten von den USA gelöst und ob das Land sich durch die Wahl neuer Kooperationspartner neue Handlungsspielräume verschafft hat.

Auf diese und andere Fragen versuchen die Beiträge dieses Bandes Antworten zu finden. Das Bild, das sich dabei ergibt, ist sehr differenziert, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Autorinnen und Autoren unabhängig von ihrem jeweiligen Standpunkt ihre analytische Distanz bewahrt haben. Wer in diesem Band nach Munition für die polarisierten Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten politischen Lagern sucht, wird enttäuscht werden. Einfache Antworten auf komplexe Fragen werden hier nicht geboten. Wer dieses Land in seiner Widersprüchlichkeit verstehen möchte, mag diesen Band dagegen nützlich finden.

In ihrem Essay "Zur Geschichte Venezuelas" schlägt die Historikerin **Margarita López Maya** einen Bogen von der Kolonialzeit bis heute. Nach einer langen Phase von Bürgerkriegen setzte – später als in anderen Ländern der Region – unter der Herrschaft der aus den Anden stammenden Präsidenten (1899-1945) eine Zentralisierung und kapitalistische Modernisierung ein. Die nach 1920 rasch anwachsende Ölförderung, die Venezuela vorübergehend zum größten Ölexporteur der Welt machte, veränderte die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Parameter des Landes grundlegend. In den Jahren 1945-1948 begann ein erster Demokratisierungsschub; es wurde zudem versucht, die Grundlagen für eine Industrialisierung durch Importsubstitution zu legen. Nach einer zehnjährigen Militärdiktatur gelang ab 1958 mit dem "Pakt von Punto Fijo" eine Stabilisierung der Präsidentschaftsdemokratie mit zwei relativ starken Parteien, der sozialdemokratisch ausgerichteten *Acción Democrática* (AD) und der christlich-sozialen COPEI (*Comite de Organización Política Electoral Independiente*). Die Krise der Modernisierung wurde nach der Abwertung der Landeswährung *Bolívar* 1983 immer deutlicher. 1989 kam es nach der Umsetzung eines neoliberalen Anpassungsprogramms zu einem Volksaufbruch in der Hauptstadt und anderen Orten, dem sogenannten

Caracazo oder *Sacudón*; 1992 unternahm jüngere Offiziere um den damaligen Oberstleutnant Hugo Chávez Frías einen Staatsstreichversuch. Nach einem Gefängnisaufenthalt wurde Chávez Ende 1998 zum Präsidenten gewählt; er kündigte eine Neugründung und Transformation des Landes an. Einen Staatsstreich und Protestaktionen überstand die Regierung 2002, Präsident Chávez sprach in der Folgezeit von einer Vertiefung der Revolution hin zu einem bolivarianischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Die Autorin unterscheidet zwischen einer ersten partizipativen Amtszeit sowie der schlechten und personalistischen Regierungsführung in der zweiten Regierungsperiode, die sich noch länger ausdehnen könnte.

Im Beitrag von **Alexander Rommel** werden quellenkritisch die Veränderungen bei verschiedenen Indikatoren der Armut und der sozialen Ungleichheit seit den 1990er Jahren untersucht. Es zeigt sich, dass die Einkommensarmut in den 1990er Jahren stark angestiegen, in den letzten Jahren aber wieder deutlich zurückgegangen ist, wohingegen andere Indikatoren der Armut, insbesondere die Wohnsituation, sich auch bis in jüngste Zeit hinein verschlechtert haben. Im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas verfügt Venezuela heute über eine der am wenigsten ungleichen Einkommensverteilungen. Insgesamt aber sind die Veränderungen in den letzten Jahren eher gradueller als abrupter Art. Auch die Sozialstruktur hat sich nach dem Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung nicht signifikant verändert. Eine Analyse der Interessenlagen der verschiedenen sozialen Klassen lässt jenseits einer "staatssozialistischen Bürokratie" keine relevanten Kräfte erkennen, die das sozialistische Projekt der Regierung unterstützen würden.

Auf die Situation der indigenen Bevölkerung gehen **Andrea Scholz** und **Alexander Mansutti Rodríguez** ein. Seit der Unabhängigkeit führen die indigenen Gruppen ein wenig beachtetes Dasein als Minderheiten in unzugänglichen Grenzregionen. Nach dem offiziellen Zensus von 2001 lebten in Venezuela 534.816 Angehörige von insgesamt 36 verschiedenen indigenen Gruppen, d.h. 2,2% der Bevölkerung. Präsident Chávez betont in seinem Diskurs die indigenen Wurzeln der Nation und die sozialistische Natur der *indigenas*, die indigene Präsenz nimmt in symbolischen Akten der Anerkennung zu. Ungewiss bleibt allerdings, ob es sich um eine neue Vielfalt im multikulturellen Staat oder um einen Einheitsstaat in multikultureller Verkleidung handelt.

In ihrem Beitrag setzen sich **Friedrich Welsch** und **Héctor Briceño** mit den Merkmalen des Regierungsstils von Hugo Chávez auseinander, der als außerordentlich kommunikationsfreudig und personalistisch charakterisiert

wird und der durch seine Spontaneität häufig erratisch wirkt, was dem Land schlechte Werte bei so ziemlich allen Indikatoren der guten Regierungsführung beschert. Die ideologischen Bezüge des Chavismus werden ebenso vorgestellt wie das manichäische und anti-pluralistische Politikverständnis, in dem die Gewaltenteilung keinen Platz hat. Vor allem aber behandelt der Artikel das soziale Profil der Chavisten sowie die politischen Einstellungen der Anhänger und Gegner des Chavismus.

Ivo Hernández schildert die Fort- und Rückschritte bei den letzten drei Verfassungen. Aufgrund der Rentenökonomie kann sich der Präsidentialismus in Venezuela noch stärker als in anderen lateinamerikanischen Ländern entfalten. Entsprechend hoch ist die Gefahr, dass kühne Verfassungsentwürfe entstehen, die nur eine entfernte Verwandtschaft zur Wirklichkeit besitzen. Als enormer Fortschritt galt die Verfassung von 1947, allerdings wurde sie nur wenig umgesetzt. Die vier Jahrzehnte gültige Konstitution von 1961 war Resultat eines Elitenpakts. Der Versuch einer Staatsreform in den Jahren 1983 bis 1995 scheiterte, mit der Verfassung von 1999 begann der Übergang zur "Bolivarischen" Republik Venezuela.

Mehrere Versuche einer Verwaltungsreform seit den 1980er Jahren erreichten keine nachhaltige Verbesserung der Effektivität und der Effizienz des bürokratischen Apparates, stellen **Jesús Azcargorta** und **Manuel Paulus** fest. Auch die von Präsident Chávez unter den Schlagwörtern Dezentralisierung und Erhöhung der Partizipation durchgeführten Maßnahmen führten nicht zu einer Erhöhung der Handlungsfähigkeit der Verwaltung, sondern zu einer Ausweitung des Staates. Zudem wurde in Form von Bürgerräten und Kommunen eine ideologisch besetzte Parallelstruktur neben der öffentlichen Verwaltung aufgebaut. Neben den hohen Kosten für diese doppelten Strukturen ergaben sich daraus negative Konsequenzen für die Verwaltung.

Seit 1958 wurden in Venezuela regelmäßig Präsidentschafts- und Kongresswahlen abgehalten, die verschiedene Parteien an die Macht brachten und den Regierungswechsel zur Normalität werden ließen. In den 1970er Jahren war Venezuela eine der wenigen funktionierenden (Wahl-)Demokratien in Südamerika. Eine hohe Wahlbeteiligung und die Konzentration auf zwei große Parteien waren bis Anfang der 1990er Jahre charakteristisch, auch wenn einzelne "Wahlphänomene" (Außenseiterkandidaten) auftraten. **Thais Maingon** zeigt, dass die Wahlrechtsreform von 1989, die mit der Direktwahl der Gouverneure und Bürgermeister eine Dezentralisierung einleitete, ambivalente Ergebnisse hervorbrachte, denn es kam zur Auflösung von parteipolitischen Bindungen, was zu neuen politischen Optionen führte. Ei-

nen Wendepunkt stellten die Wahlen von 1998 dar, denn die beiden großen Parteien nominierten erstmals keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten mehr. Unter den Wahlphänomenen setzte sich schließlich mit Hugo Chávez ein Ex-Militär durch. Die nachfolgenden Wahlen und die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung konnte Chávez mit komfortablen Mehrheiten gewinnen, das Abberufungsreferendum nach langen Verzögerungen überstehen, mit der Verfassungsreform, die dem sozialistischen Projekt der Regierung Verfassungsrang geben sollte, scheiterte er jedoch 2007 knapp.

Ab 1958 konnte sich auf der Grundlage des “Paktes von Punto Fijo” eine stabile Parteienherrschaft etablieren. Die beiden großen Parteien lösten sich seit den Wahlen von 1969 in der Regierungsführung ab. Mit dem 1989 eingeschlagenen Schwenk zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik gerieten die Traditionsparteien, von denen vor allem die AD in ihrer besten Zeit eine Volkspartei war, in eine Krise. **Thomas Kestler** schildert, wie Hugo Chávez, der erstmals mit einem gescheiterten Militärputsch 1992 die politische Arena betrat, diese Anti-Parteien-Stimmung geschickt aufgreifen konnte. Auch wenn die neue Verfassung Parteien ausdrücklich nicht vorsieht, ließ Chávez Anfang 2008 der *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) gründen, die Mobilisierungs- und Klientelfunktionen übernimmt. Die Deinstitutionalisierung und Beeinträchtigung des Parteienpluralismus ist so weit fortgeschritten, dass andere Parteien wohl oder übel die Implosion des Chavismus abwarten müssen.

In diesem Kontext besitzt auch die Zivilgesellschaft eigene Konturen. **Luis Gómez Calcaño** sieht sie zwischen “Korporatismus und Antipolitik”. Mit der Schwächung der Parteien in den 1980er Jahren kamen neue zivilgesellschaftliche Akteure auf. Präsident Chávez leitete nach der Regierungsübernahme zahlreiche Maßnahmen ein, um seine eigene “Ersatz-Zivilgesellschaft” zu schaffen und diese auf sein Projekt zu verpflichten. Ein Teil der Bürger reagierte darauf mit Protesten. Die Gefahr liegt darin, dass bei der zunehmenden Polarisierung der Spielraum für Verhandlungen immer geringer wird.

Die Gewerkschaften haben eine ausgeprägte Nähe zum ölreichen Staat und den Regierungsparteien an den Tag gelegt. **Rolando Díaz** und **Kurt-Peter Schütt** skizzieren ihre Entwicklung seit den 1930er Jahren. Die Dachorganisation CTV zeichnet sich durch einen starken Pragmatismus und eine große Nähe zu den regierenden Parteien aus, sie kooperierte meist gut mit dem Unternehmerverband FEDECAMARAS – zuletzt beim Putschversuch des kurzfristigen Präsidenten Pedro Carmona 2002. In den letzten Jahren hat

die Regierung Chávez regimetreue Gewerkschaftsverbände aufgebaut, die aber nicht so recht Fuß fassen konnten. Insgesamt ist die Gewerkschaftsbewegung gegenüber früher sehr geschwächt.

Aufgrund von internen Konflikten und länger anhaltender Caudillo-Herrschaft hatte sich in Venezuela – im Unterschied etwa zu Kolumbien – keine homogene Elite herausgebildet. Im 20. Jahrhundert öffnete die Ölförderung die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg und schnellem Reichtum. **Ana María Isidoro Losada** zeigt, dass sich alte Macht- und Einflussgruppen halten konnten, erst unter Chávez setzte ein Elitenwechsel ein. Relativ schnell entstand allerdings eine neue Gruppe im Schatten der Macht, die als *boliburguesia* bezeichnet wird.

Die zivil-militärischen Beziehungen verdienen in einem Land, das von einem ehemaligen Militär regiert wird, der sich auch als Präsident gerne als *Comandante* bezeichnen lässt, besondere Aufmerksamkeit. Der Beitrag von **Hernán Castillo** zeigt, dass schon in der Phase der demokratischen Konsolidierung und der stabilen Parteienherrschaft nach 1958 die Militärs in ihrem eigenen Bereich über ein hohes Maß an Autonomie verfügten und dort kaum einer zivilen Kontrolle unterstanden. Mit der Wahl von Hugo Chávez hat das Militär jedoch auch offen politische Funktionen übernommen. Laut Verfassung zählt die Entwicklung des Landes ebenfalls zu seinen Aufgaben und der Anteil von ehemaligen Militärs in politischen und administrativen Ämtern und als Manager von Staatsfirmen ist inzwischen außerordentlich hoch.

Die politische Kultur des Landes wird durch die hohen Öleinnahmen geprägt. Bis 1979 wuchs das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf im Jahresdurchschnitt um 2,8%, danach schrumpften die zur Verfügung stehenden Mittel im Jahresdurchschnitt um 1,8%. Damit – so **Alfredo Keller** – sank das Vertrauen in die traditionellen Parteien und nahm der Wunsch nach einem radikalen Wandel zu. Besonders die ärmeren Venezolaner sind Anhänger von Umverteilungen in einem Rentenmodell, allerdings nur so lange, wie sie daraus persönliche Verbesserungen erhalten. Am Beispiel des knapp gescheiterten Verfassungsreferendums von 2007 zeigt Keller die Grenzen des Populismus von Chávez auf.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang das frühzeitig privatisierte Mediensystem. **Silvia Cabrera** und **Manuel Silva-Ferrer** schildern die Geschichte der Medien in Venezuela und gehen auf die spannungsreichen Beziehungen zwischen der Regierung und den privaten Medien ein. Beim Aufstieg von Chávez spielten die privaten Medien insofern zunächst eine fördernde Rolle, als sie umfangreich über ihn und seine Absichten be-

richteten. Insbesondere die privaten Fernsehsender verstanden sich aber in der Phase, in der die Opposition den Sturz der Regierung anstrebte (Putsch von 2002 und Generalstreik von 2002/03), als Sprachrohr der Opposition. Danach versuchte die Regierung – mit sehr unpopulären Maßnahmen –, über eine restriktive Lizenzpolitik die privaten Fernsehsender an die Leine zu legen bzw. ganz zu verdrängen. Nach wie vor bleibt Präsident Chávez *Agenda Setter*, da auch die großen Tageszeitungen über seine Auftritte in der sonntäglichen Fernsehsendung “Aló Presidente” berichten. In den letzten Jahren hat die Regierung ein alternatives Mediensystem und den auf Lateinamerika ausgerichteten Sender “Telesur” aufgebaut.

Seit 1959 und im Unterschied zur Entwicklung im revolutionären Kuba galt das demokratisch regierte Venezuela als verlässlicher Verbündeter der USA. Zum Nachbarland Kolumbien bestanden gute Beziehungen. Der erste nach dem Ende der Diktatur gewählte Präsident vertrat auch im eigenen politischen Interesse die Maxime, dass die diplomatischen Beziehungen zu denjenigen lateinamerikanischen Ländern abgebrochen werden sollten, in denen nicht demokratisch legitimierte Regierungen an die Macht gelangten. Diese “Betancourt-Doktrin” kann als Vorläufer der 2001 verabschiedeten Demokratischen Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gelten. Präsident Chávez leitete, wie in dem Artikel von **Nikolaus Werz** nachgezeichnet wird, einen vollständigen Wechsel in der Außenpolitik ein. Die USA und bis 2010 auch Kolumbien mutierten zu politischen Gegnern, die Beziehungen zu Russland, dem Iran und einigen arabischen Staaten wurden ausgebaut. Als bevorzugter Partner in Lateinamerika gilt Kuba. Mit einer “Diplomatie der Völker” bzw. einer Scheckbuchdiplomatie gelang es Chávez, neue Anhänger zu gewinnen. In den Außenämtern nicht nur der USA führte die immer mehr von Chávez abhängige Außenpolitik zu Irritationen. Mittel- und langfristig besteht die Gefahr einer außenpolitischen Überdehnung eines Öllandes, dessen Auswärtiger Dienst bislang nicht durch professionelles und kontinuierliches Handeln aufgefallen war.

Das komplexe Verhältnis von Erdölrente, dem eingeschlagenen Entwicklungspfad und der Politik wird in dem Beitrag von **Andreas Boeckh** nachgezeichnet. Anhand des stets problematischen Verhältnisses zwischen dem rentenbeziehenden Staat und dem privaten Sektor und im Wandel der Entwicklungsstrategien- und -diskurse werden die Besonderheiten einer rentenabhängigen Entwicklung herausgearbeitet. Es wird ferner gezeigt, wie der im Pakt von 1958 festgeschriebene politische und verteilungspolitische Kompromiss durch die Explosion der Ölpreise 1973/74 in die Krise gerät

und sich in den nachfolgenden Jahren aufzulösen beginnt. Die Rekonstruktion des schon gescheiterten Rentenmodells durch die Regierung Chávez macht deutlich, dass diese sehr viel mehr in der Tradition des venezolanischen Rentenstaates steht, als es ihr lieb sein kann. Ähnlich wie in der Phase des Booms der 1970er Jahre lässt sich eine Überdehnung des Staates durch einen exzessiven Regulierungsanspruch und die Schaffung von administrativen Parallelstrukturen beobachten, in denen der Keim des künftigen Niedergangs des chavistischen Regimes beschlossen liegt.

Hans-Jürgen Burchardt zeichnet die Rekonstruktionsversuche der verloren gegangenen Dreieinigkeit zwischen sozialem Ausgleich, demokratischer Legitimation und ökonomischer Effizienz nach, die sich mit dem Anspruch verbindet, ein auf die produktiven Potenziale der Gesellschaft fußendes und von Rente weitgehend unabhängiges Entwicklungsmodell zu schaffen. Dieses an sich innovative Konzept, in dem sich ökonomische und sozialpolitische Neuerungen mit partizipativen Formen der Demokratie verbinden, hat nicht nur sein Ziel einer endogenen Entwicklung völlig verfehlt, sondern scheint trotz unbestreitbarer sozialpolitischer und verteilungspolitischer Erfolge auch an der Inkohärenz seiner Einzelmaßnahmen, der notorischen administrativen Schwäche, der geringen Nachhaltigkeit der einzelnen Programme und an der Unterwerfung des Konzepts unter die Logik klientelistischer Politik zu scheitern. Offenbar weist die V. Republik mehr Ähnlichkeiten mit der IV. Republik auf, als man aufgrund der Rhetorik des Regimes vermuten würde.

Charakter und Umsetzung der neuen entwicklungspolitischen Zielsetzungen sind das Thema des Beitrags von **Raúl Zelik**. Auch er erkennt in der Verknüpfung neuer wirtschaftspolitischer Zielsetzungen jenseits einer reinen Marktlogik, neuer sozialpolitischer Schwerpunktsetzungen und in der Öffnung neuer politischer Handlungsarenen insbesondere für die bisher von der Politik weitgehend ausgeschlossene Bevölkerung ein innovatives, beispielhaftes Konzept, das für zahlreiche wirtschaftliche, ökologische, soziale und auch politische Krisenphänomene der venezolanischen Gesellschaft adäquate Antworten zu formulieren vermag. Das zentrale Problem dieses Konzepts sieht er nicht in dessen Konstruktion, sondern in seiner Umsetzung, die wiederum weitgehend autoritären und klientelistischen Mustern folgt, wobei von der Regierung weder die Widersprüche zwischen Konzept und Umsetzung noch die Gründe für das notorische Scheitern früherer sozialistischer Entwicklungsvorstellungen von der venezolanischen Regierung thematisiert werden.

Ein wichtiger Teilbereich der neuen Entwicklungsstrategie ist die Agrarpolitik, mit der sowohl eine größere Verteilungsgerechtigkeit bei der Nutzung des Grund und Bodens, eine Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land wie auch eine dem Konzept der endogenen Entwicklung verpflichtete Politik der Nahrungsmittelsicherheit angestrebt werden. Im Beitrag von **Juan Luis Hernández** werden die landwirtschaftlichen Potenziale des Landes dargestellt und die verschiedenen Konzepte der Agrarpolitik in Venezuela in Vergangenheit und Gegenwart nachgezeichnet. Was die Zielsetzungen der chavistischen Regierung betrifft, ergibt sich ein differenziertes Bild: Am ehesten wurden die Lebensbedingungen der Bevölkerung auf dem Lande verbessert; mit der Erhöhung der Produktion ist man trotz eines gigantischen Mitteleinsatzes kaum weitergekommen, was bei dem steigenden Konsum im Nahrungsmittelbereich im Gegensatz zur deklarierten Zielsetzung einer endogenen Entwicklung in eine explosionsartige Zunahme der Nahrungsmittelimporte einmündete.

Die Änderungen der außenwirtschaftlichen Beziehungen des Landes werden von **Klaus Schaeffler** analysiert, wobei angesichts der hohen Außenhandelsabhängigkeit von den USA der Beziehung zu diesem Land besondere Aufmerksamkeit zukommt. Die Beteiligung Venezuelas in verschiedenen regionalen Integrationsräumen wird ebenfalls behandelt. Insbesondere aber wird die Neuausrichtung der Außenhandelspolitik seit 1999 bezüglich der Handelspartner wie auch der Integrationskonzepte ausführlich dargestellt.

Mit den enormen touristischen Potenzialen, der Entwicklung des Tourismus innerhalb Venezuelas und nach Venezuela und dessen wirtschaftlicher Bedeutung befasst sich der Beitrag von **Heinrich Pachner**. Dabei geht es nicht nur um die naturräumlichen Ressourcen, sondern auch um regional-kulturelle Eigenheiten wie eine bestimmte Festkultur. Es zeigt sich, dass die unbestreitbaren Potenziale nur unzureichend genutzt werden. Dies liegt zum einen an Planungsmängeln, schlechtem Service, mangelhaften Qualitätskontrollen und hohen Gebühren, vor allem aber auch an der Kriminalität, die Reisen in dieses Land zum Risiko macht.

Anhand von vier gegensätzlichen Autoren skizziert **Luis Barrera Linares** in seinem Beitrag das komplexe Verhältnis von Öffentlichkeit und Literatur: Bolívar Coronado, der mit seinen Eulenspiegelereien sein Publikum und auch gestandene Literaturwissenschaftler narrete, José Rafael Pocaterra, der als Diplomat und Staatsdiener zugleich Rebell war und dafür auch im Gefängnis landete und der sich auf die Schilderung seiner Zeitumstände kon-

zentrierte, Rómulo Gallegos, der als Romancier internationalen Ruf genoss und der als “an die Politik ausgeliehener Dichter” für kurze Zeit Präsident seines Landes war, und schließlich Arturo Uslar Pietri, der in seinem Leben vielfältige Rollen als Erzähler, Publizist und Politiker ausfüllte.

Eher unterschätzt wird die umfangreiche venezolanische Musikszene. **Torsten Eßer** zeichnet die historische Entwicklung nach und schildert die breite Palette venezolanischer Musik von der *salsa* bis hin zu den großen Erfolgen des “Jugendorchesters Simón Bolívar”. Diese Form der Jugendförderung ist in Europa und Deutschland recht genau studiert worden. Einige meinen sogar, die Zukunft der Klassik liege in Venezuela.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region hat die katholische Kirche in Venezuela nie eine herausragende Rolle gespielt. Ihre Verankerung in der Gesellschaft war und ist schwach, was sich unter anderem in einem besonders ausgeprägten Priestermangel äußert. Im Bildungswesen ist sie jedoch mit ihren Privatschulen und einigen katholischen Universitäten sehr präsent. Wie in anderen Gesellschaften mit einem starken Anteil von Nachkommen schwarzafrikanischer Sklaven an der Bevölkerung weist die Frömmigkeit in Venezuela synkretistische Züge auf. Im Beitrag von **Michael Huhn** und **Reiner Wilhelm** wird auch auf die zunehmende Bedeutung protestantischer Kirchen und Pfingstbewegungen verwiesen. Wie in allen anderen Bereichen der venezolanischen Gesellschaft hat der Chavismus seine Spuren hinterlassen: Die kirchliche Hierarchie befindet sich im offenen Konflikt mit der Regierung, die ihrerseits versucht, die Kirche in einen progressiven (d.h. pro-chavistischen) und reaktionären Flügel zu spalten.

Ein wesentlicher Programmpunkt der Entwicklungsstrategie der Regierung Chávez ist die Entprivilegierung des Bildungssystems, das heißt die Schaffung eines ungehinderten Zugangs zu allen Ebenen der Bildung. Angesichts der Krise, die in den neunziger Jahren auch das Bildungssystem erfasst hatte, war eine Neuorientierung überfällig. Der Beitrag von **Stefan Peters** stellt die Entwicklung des Bildungssystems dar und konzentriert sich dabei vor allem auf die Bildungsreformen seit der Wahl von 1998. Neben einer Ausweitung des traditionellen Bildungsangebots sollten spezielle Programme die im Bereich der Erwachsenen- und Berufsausbildung erkennbaren Defizite abbauen. Dabei zeigte sich jedoch, dass die schnelle Expansion im Bildungsbereich zum Teil auf Kosten der Qualität ging, die administrativen Strukturen überforderte und daher nur wenig zur Verbesserung der sozialen Mobilität der armen Bevölkerung beitrug. Zudem wird die Ideologisierung im Bildungsbereich kritisiert.

In einem Umfeld radikalen Politikwandels sind Wissenschaft und Forschung vorrangige Aktionsfelder. Selbst wenn die Wissenschaftler nicht ausdrücklich als Lakaien des *ancien regime* abgestempelt werden und ihre Produktion nur verhalten als sozial inkompatibel kritisiert wird, müssen sie letztlich dem Dienst des neuen Hegemons unterstellt werden. **Friedrich Welsch** zeigt in seinem Beitrag über Wissenschaft, Forschung und Entwicklung auf, wie dieser Schritt mit einem Paradigmenwechsel vom wissenschaftlichen Realismus hin zu einer postmodern inspirierten, angepassten und lokal fixierten und daher beliebigen Antiwissenschaft vollzogen wird. Er kommt zu dem Schluss, dass die rückwärtsgewandte, wissenschaftsfeindliche Ausrichtung der Wissenschafts- und Forschungspolitik dem Land Zukunftskosten aufbürdet, die es noch fester in der Vergangenheit verankern.

Im Kulturbereich ist ebenfalls der Versuch eines Elitenwechsels erkennbar. Die bisher mit staatlichen Mitteln unterstützten Verlage gerieten in Schwierigkeiten, sofern sie nicht mit Chávez übereinstimmten. Gleichzeitig entstand eine relativ vielseitige unabhängige Kulturszene. Dazu gehören Verlage, kommerzielle Theater und Bücher, die die neuere Entwicklung in Venezuela erläutern könnten. **Manuel Silva Ferrer** geht auch auf den venezolanischen Film ein.

Rolf Walter und **Nikolaus Werz** untersuchen die Rolle der Deutschen in Venezuela vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Von der Welser-Periode über Alexander von Humboldt bis hin zu den Emigranten des 20. Jahrhunderts hat die numerisch kleine Zahl der Deutschsprachigen in dem südamerikanischen Land Spuren hinterlassen. Einzelne Familien aus dem Kakao-Geschäft stießen bis in die Oberschicht des Landes vor, andere wirkten im Kulturbereich. Mit der *Asociación Cultural Humboldt* (ACH) ist in Caracas ein auch architektonisch anspruchsvolles Goethe-Institut vorhanden, das obendrein eine Kopie des Arbeitszimmers von Alexander von Humboldt beherbergt. Interessant ist auch die deutsche Immigration nach 1945, als eine Reihe von Menschen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen die BRD und die DDR verließen.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela waren in den 1960 und 1970er Jahren intensiver als heute. **Klaus Schaeffler** und **Nikolaus Werz** zeichnen die bilateralen Kontakte und die deutschen Investitionen in Venezuela nach; an großen Bauwerken rund um den Maracaibo-See waren deutsche Investoren beteiligt. Später spielten die parteinahen Stiftungen aus der Bundesrepublik eine wichtige Rolle beim Aufbau der Bildungszentren venezolanischer Parteien und lateinamerikani-

scher Parteienverbände, die in den 1970er Jahren gleichsam in Venezuela ins Exil gehen mussten. Als potentiell reiches Ölland erhält Venezuela keine Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit. In den letzten Jahren haben die Kontakte mit Nichtregierungsorganisationen und die Solidaritätsbewegung an Bedeutung gewonnen.

Die Herausgeber danken allen Autoren sowie Dr. Peter Birle und Anneliese Seibt vom Ibero-Amerikanischen Institut. Kirsten Hahn und Manuel Paulus, M.A., haben die Arbeiten am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre unterstützt. Der Universität Rostock sei für einen Zuschuss zur Durchführung eines Symposiums im Juli 2010 gedankt.